

EINLADUNG

34. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeit - Besucher möchten sich bitte per Mail im BV-Büro anmelden

Sitzungstermin: Freitag, 21.08.2020, 16:30 Uhr

Raum, Ort: BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme der Niederschriften 32. und 33. Sitzung
- 3 Informationen aus der gemeinsamen Einrichtung Job Center
- 4 Mitteilung der und Fragen an die Verwaltung
- 5 Fragen zur Wilmersdorfer Seniorenstiftung, Seniorenheim Lentzeallee
- 6 Vertragsgrundlage für ASOG-Unterkünfte schaffen **0966/5**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7 Charlottenburg-Nord braucht einen Pflegestützpunkt **1517/5**
CDU-Fraktion
- 8 Frauenschutzplätze ausbauen **1538/5**
SPD-Fraktion
- 9 Verschiedenes

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Wittke
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0966/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Vertragsgrundlage für ASOG-Unterkünfte schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht sich in Zusammenarbeit mit anderen Bezirken und in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) dafür einzusetzen, den Wildwuchs an ungebundenen Unterkünften für wohnungslose Menschen entgegenzuwirken. Ziel ist, wo möglich, eine Vertragsgrundlage mit Unterkünften zu schaffen, die Qualität, aber gegebenenfalls auch Profil, regelt. Hierbei soll sich das Bezirksamt gegenüber SenIAS dafür einsetzen, dass ausreichend Mittel wie Personal für diese Arbeit bereitstehen. Zur Umsetzung sind insbesondere SharedService-Modelle zu prüfen.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2019 zu berichten.

Begründung:

Die Unterbringung von wohnungslosen Menschen ist eine kommunale Aufgabe und in Berlin sind die Bezirke dafür zuständig. Da es nicht genügend Unterkünfte für die steigende Anzahl an wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen gibt, kommen Bezirke immer wieder in die Not, mit Hostelgutscheinen zu arbeiten, um die Menschen unterzubringen. Hier hat sich ein Wildwuchs an Anbietern zur Unterbringung von wohnungslosen Menschen entwickelt. Diese Notsituation wird von unseriösen Anbietern zum Nachteil der betroffenen Menschen ausgenutzt. Dazu bleibt die Qualität der Unterbringungsangebote auf der Strecke. Langfristig entwickelt SenIAS mit der Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung (GStU) ein System, das eine gesamtstädtische Kapazitätsplanung ermöglicht und die hohe Qualität der Angebote schützt. Bis es soweit ist, braucht es aber zeitnah erhöhte Anstrengungen, um mit den potentiellen Unterkünften vertraglich Qualität und ggf. auch Profil zu regeln.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Stückler

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1517/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Charlottenburg-Nord braucht einen Pflegestützpunkt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass bei den anstehenden städtebaulichen Umgestaltungen / Neubauvorhaben in Charlottenburg-Nord Räumlichkeiten für einen neuen Pflegestützpunkt eingeplant werden und nach einem entsprechenden Träger gesucht wird. Für die Zeit bis zur Umsetzung soll das Bezirksamt mindestens ein Alternativangebot für die Betroffenen vor Ort entwickeln, wenn kein neuer Träger für den alten Standort gefunden werden kann.
Der BVV ist bis zum 31. August 2020 zu berichten.

Begründung:

Die BVV und das BA haben sich für den Pflegestützpunkt in Charlottenburg – Nord eingesetzt. Dies vor dem Hintergrund, dass aufgrund der Bevölkerungsstruktur in diesem Teil unseres Bezirkes dafür ein hoher Bedarf besteht. Dies ist immer noch so. Die nicht nachvollziehbare Schließung des Pflegestützpunktes durch den Träger muss durch ein neues Angebot ersetzt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1538/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Frauenschutzplätze ausbauen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber der zuständigen Senatsverwaltung dafür einzusetzen, dass die Anzahl der Frauenschutzplätze z.B. in Frauenhäusern im Bezirk stark erhöht wird. Gleichzeitig sollen verschiedene Kontaktmöglichkeiten im öffentlichen Raum (z.B. Bürgerämter, Bibliotheken, Restaurants etc.) geschaffen werden, wo sich Frauen in Not hinwenden können, um an Hilfe zu gelangen. Diese sollen gut erkennbar gekennzeichnet werden.

Der BVV ist bis zum 31.07.20 zu berichten.

Begründung:

Die Corona-Krise führt dazu, dass viele Frauen in eine prekäre Zwangslage gesetzt werden. Über Monate mit dem Partner im häuslichen Umfeld zusammen zu sein, permanente Kinderbetreuung und eventuelle finanzielle Sorgen führen schnell zu einer Spirale der Angst, Sorgen und Gewalt. Wir können davon ausgehen, dass die Anzahl der hilfsbedürftigen Frauen stark steigen wird. Daher müssen auch in unserem Bezirk mehr Unterbringungsmöglichkeiten eingerichtet werden. Ferner sollen verschiedene Angebotsstrukturen geschaffen werden im öffentlichen Raum, wo Frauen sich aktiv hinwenden können, und Hilfe erbeten zu können.